"Selbstbestimmt dabei. Immer.: ADS und Bundesbeauftragter rufen Jahr gegen Diskriminierung behinderter Menschen aus

"Selbstbestimmt dabei. Immer.": ADS und Bundesbeauftragter rufen Jahr gegen Diskriminierung behinderter Menschen aus

Datum: Berlin, 22. Januar 2013
Gemeinsam mit zahlreichen Prominenten aus Film, Sport und Musik haben die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen am Dienstag das Jahr "Selbstbestimmt dabei. Immer." gegen die Diskriminierung behinderter Menschen ausgerufen. Im Vordergrund des Themenjahres 2013 stehen bundesweite Veranstaltungen und Aktionen, die auf Benachteiligungen behinderter und chronisch kranker
Menschen im Arbeitsleben, im Bereich Bildung und im Alltag aufmerksam machen.
Der größte Teil der Anfragen an die Antidiskriminierungsstelle - etwa ein Viertel, in Zahlen sind das 2200 Fälle seit 2006 - kommen von Menschen, die sich wegen einer Behinderung benachteiligt fühlen. "Das sind Zahlen, die zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist", sagte ADS-Leiterin Christine Lüders bei der Auftakt-Pressekonferenz in Berlin. Eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag der ADS ergab darüber hinaus, dass mit dem Wort Behinderung jede(r) fünfte Deutsche "Benachteiligung" und "Diskriminierung" verbindet - und dies, obwohl Diskriminierung von behinderten Menschen gesetzlich verboten ist.
"Vor allem im Arbeitsleben und im Bereich Bildung werden behinderte Menschen benachteiligt. Ein Grund dafür ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung in getrennten Lebenswelten aufwachsen. Das führt zu Berührungsängsten und zu Vorbehalten in Schule und Arbeitswelt" erläuterte der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe. Darüber hinaus hätten Menschen mit chronischen Krankheiten oft nicht den gleichen Diskriminierungsschutz wie behinderte Menschen, obwohl sie sich häufig in einer ähnlichen Lage befinden, sagte Lüders: "Angesichts des demografischen Wandels ist das ein großes Problem. Bereits heute sind mehr als zehn Millionen Menschen in Deutschland chronisch krank. Diese Zahl wird deutlich steigen".
Lüders und Hüppe forderten, strukturelle und bürokratische Barrieren abzubauen, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. "Immer mehr Menschen mit Behinderung kommen gleich nach der Sonder- oder Förderschule in Werkstätten für
behinderte Menschen. Dabei wollen viele behinderte Menschen keine Sonderwelten, sondern auf den allgemeinen Arbeitsmarkt", sagte Lüders.
"Im Bildungsbereich müssen die Länder ihre Anstrengungen zum Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern deutlich verstärken und die Inklusion wirklich voranbringen, anstatt bestehende Sondersysteme zum Teil noch auszubauen", sagte Hüppe. Nach Angaben der von der ADS in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage glauben zwar rund zwei Drittel der Befragten, dass Inklusion in Deutschland funktionieren wird, wenn die entsprechenden Mittel dazu vorhanden sind. Knapp 40 Prozent aller 18-29-Jährigen glauben dies jedoch nicht. "Uns muss diese Zahl sehr nachdenklich machen. Ganz offensichtlich ist das die Konsequenz getrennter Lebenswelten", sagte Lüders.
Prominente Botschafter, Good-Practice-Preis und Aktionswoche Zahlreiche Prominente unterstützen die ADS und den Beauftragen für die Belange behinderter Menschen beim Themenjahr "Selbstbestimmt dabei. Immer.": Die Eiskunstläuferin Katarina Witt, die TV-Journalistinnen Bettina Eistel und Nina Ruge, die Fotomodels Melek Civantürk, Nina Wortmann und
Mario Galla, die Schauspieler/innen Erwin Aljukic, Bobby Brederlow, Irene Fischer und Dr. Peter Radtke sowie die Paralympics-Stars Anna Katharina Schaffelhuber, Manuela Schmermund und Jochen Wollmert.
Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes berief darüber hinaus den Berliner Universitätsprofessor Ernst von Kardorff zum wissenschaftlichen Koordinator des Themenjahres. Kardorff wird auf einem hochrangig besetzten Fachkongress im Sommer mehrere umfassende, von der ADS in Auftrag gegebene Studien zu den Themen "Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit
Behinderungen", "Benachteiligungen aufgrund chronischer Krankheiten" und "barrierefreie Dienstleistungen" vorstellen. Zu den weiteren Schwerpunkten des Themenjahres zählen eine Aktionswoche gegen Diskriminierung im September und die Verleihung eines Good-Practice-Preises für Unternehmen im November. Lüders: "Wir wollen damit ein ganz klares Zeichen an Eltern, an
Schulen sowie an öffentliche und private Arbeitgeber aussenden, offener mit Vielfalt umzugehen. Es ist normal, verschieden zu sein!"
Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es,
Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der
Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu
verhindern oder zu beseitigen. www. antidiskriminierungsstelle.de .
Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen hat die Aufgabe,
darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen
für Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen
Lebens erfüllt wird. Der Beauftragte ist zentraler Ansprechpartner bei der Bundesregierung in
allen Angelegenheiten, die behinderte Menschen berühren. www.behindertenbeauftragter.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Sebastian Bickerich
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
+49 (0) 03018-555-1805
+49 (0) 03018-555-41865
 www. antidiskriminierungsstelle.de
presse@ads.bund.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=520064" width="1" height="1">

Pressekontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Firmenkontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.